

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

WES Sitzung Caterpillar

12.10.2018 bis 13.10.2018



**MITEINANDER
FÜR MORGEN**



Rechtsradikalismus Chemnitz

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim



Rechtsradikalismus Dortmund

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim





Rechtspopulisten und Neonazis mobilisieren derzeit gegen die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Die IG Metall ruft alle Beschäftigten auf, dem entschieden entgegen zu treten.



Für Gerechtigkeit und Solidarität - gegen Rassismus und Gewalt

Gegen Hass und Gewalt:

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Das gilt für Daniel H., der in Chemnitz einem grausamen Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Das gilt aber auch für die Menschen mit Migrationshintergrund, die hier leben und arbeiten. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Deshalb rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, entschieden allen menschenfeindlichen, rechtstremem und antidemokratischen Umtrieben entgegenzutreten. Dazu gehört auch, sich von solchen Gruppen und Demonstrationen zu distanzieren. Wer bei braunen Schlägern mitläuft, kann sich nicht auf die Position des „besorgten Bürgers“ zurückziehen.

In den Betrieben arbeiten seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Religion und Kultur erfolgreich zusammen. Der Betrieb macht uns alle zu Kolleginnen und Kollegen. Denn nur gemeinsam und solidarisch können wir gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne durchsetzen. Im Betrieb haben wir gelernt: Rassismus und Spaltung schaden uns allen.

IMPRESSUM: IG METALL WÜRSTEN, VERANTWORTLICH: JÜRGEN HOFFMANN (V.i.S.d.P.), DRUCK: APM
INTERNET: WWW.IGMETALL.DE

Solidarität statt Spaltung

Zu viele Menschen arbeiten für niedrige Einkommen und Kollegen sind prekär Beschäftigte, zu viele Kolleginnen und Kollegen in Betrieben ohne Betriebsräte und Tarifbindung. Und bei vielen, die heute gute Arbeit haben, wächst die Angst, eines Tages selbst abgehängt zu werden. Gegen diese Spaltung der Belegschaften und Zukunftsängste der Menschen setzt die IG Metall auf Solidarität.

Reichtum gerechter verteilen

Die Politik muss sich endlich auf das konzentrieren, was wir in unserem Land wirklich brauchen: bezahlbare Wohnungen, gerechte Bildungschancen, Weiterbildung für Beschäftigte, faire Löhne, gute Arbeit und auskömmliche Renten für alle. Wir leben in einem reichen Land. Statt auf die anderen zu treten, müssen wir gemeinsam den Reichtum gerechter verteilen.

Ob im Betrieb, in der Nachbarschaft oder auf der Straße – wir müssen gemeinsam und geschlossen Gerechtigkeit und Solidarität eintreten. Rassismus und Gewalt schaden allen.



Rechtsradikalismus

Demonstration 3. Oktober

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

Auf zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung zum Tag der deutschen Einheit 03.10.2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Tag der Deutschen Einheit wollen wir in Mannheim durch eine Kundgebung ein sichtbares Zeichen für die Bewahrung unserer Grundwerte setzen. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger in der Region auf, sich an einer Demonstration in Mannheim zu beteiligen.

Entwicklungen der letzten Wochen und insbesondere die Demonstration von Hass und Gewalt jüngst in Chemnitz fordern unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und alle, die für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben eintreten, heraus.

In unserem Land soll niemand in Angst und Sorge leben, aufgrund seiner Herkunft, Religion, Lebensweise oder Aussehens angegriffen oder verächtlich gemacht zu werden. Niemand soll Angst und Sorge haben, ohne ausreichenden Schutz durch staatliche Organe oder Mitmenschen leben zu müssen. In Artikel 1 unseres Grundgesetzes wird unser gemeinsames Wertefundament formuliert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Als Stadtgesellschaft sind wir aktuell gefordert, diese Werte zu schützen und uns gegen menschenverachtenden Hass und Hetze und ihre Duldung zu wehren. Als Stadtgesellschaft sind wir aktuell gefordert, für ein friedvolles und respektvolles Zusammenleben einzutreten, für Rechtsstaat und Demokratie, die auch Minderheiten schützt. Wir begrüßen deshalb die Initiative, in unserer Stadt öffentlich für die Menschenwürde und ein respektvolles Zusammenleben zu demonstrieren.

Viele bekannte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben diesen Aufruf initiiert. Hervorzuheben ist die erfreuliche Breite der gesellschaftlichen Unterstützerinnen und Unterstützer. Viele Menschen aus den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport sind Erstunterzeichner. Prominente, die bei Demonstrationen und aktivem Einsatz für die Demokratie bisher üblicherweise nicht unbedingt als erste genannt wurden.

Erstunterzeichnende sind

Ralph Hartmann, Initiator und Dekan Evangelische Kirche
Mustafa Baklan, Unternehmer und Geschäftsführer Sunat Gruppe
Thomas Dörner, Präsident Kamevalskommission Mannheim
Dr. Sabine Hamann, Vorsitzende Sportkreis Mannheim
Rüdiger Harksen, DLV Bundestrainer (i. V. MTG Mannheim)
JOANA, Bloomaul, Sängerin u. Liedermacheerin
Karl Jung, Dekan Katholische Kirche
Jennifer Kettemann, Geschäftsführerin der Rhein-Neckar Löwen GmbH (i. V. Rhein-Neckar-Löwen)
Philipp Kohl, Regisseur/Filmmacher
Sandra Kompp, Geschäftsführer SV Waldhof Mannheim 07 Spielbetriebs GmbH (i. V. SWW)
Susanne König, Professorin an der DHBW Mannheim
Ulrich, Geschäftsführer Rhein-Neckar-Fernsehen

RHEIN-NECKAR
FÜR DEMOKRATIE
MENSCHLICHKEIT
UND RECHTSSTAAT



KUNDGEBUNG · DEMONSTRATION
MITTWOCH 3. OKTOBER 2018
14.00 UHR · MANNHEIM
ALTER MESSPLATZ

Rente

Ausgangslage



- Die Reformmaßnahmen der vergangenen rund 30 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung haben den Leistungsumfang gekürzt, das Leistungsniveau gesenkt, die Altersgrenzen angehoben und den solidarischen Ausgleich beschnitten.
- Die Einschnitte waren in der Summe dramatisch. Obwohl die Zahl der Rentnerinnen und Rentner von rund 15 Millionen im Jahr 1995 auf heute etwa 21 Millionen gestiegen ist, bekommen sie zusammen nur den gleichen Anteil vom gesamten Wohlstand in Deutschland wie 1995.
- Der pro Kopf Anteil der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand ist, selbst wenn die längere Bezugsdauer durch die gestiegene Lebenserwartung abgezogen wird, in dieser Zeit um rund 20 Prozent gesunken.
- Dabei bleiben das angehobene Zugangsalter und die erschwerten Zugangsbedingungen bei den Renten wegen Erwerbsminderung noch unberücksichtigt.

Rente

Die Position der Gewerkschaften

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

DGB

Stellungnahme

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum
Referentenentwurf eines

Gesetzes über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzli-
chen Rentenversicherung
(RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz)

26.07.2018



- **Das Rentenpaket 2018 liegt nun als Gesetzentwurf der Bundesregierung vor.**
- **Die Stabilisierung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent wird vom DGB begrüßt.**
- **Im weiteren Schritt muss es nun um die Erhöhung des Rentenniveaus gehen.**
- **Bedauerlicherweise ist dieses Thema in die Rentenkommission verschoben.**
- **Rente bei Erwerbsgeminderten wird verbessert, auch wenn es nur für neue Erwerbsminderungen ab 2019 gelten soll. Die Einbeziehung des Bestands durch eine pauschalierende Lösung muss noch ergänzt werden. Außerdem müssen die Abschläge abgeschafft werden, da sie sozialpolitisch nicht zu begründen sind.**



- Entgegen dem Koalitionsvertrags ist nun für alle vor 1992 geborenen Kinder eine gleiche Verbesserung vorgesehen ist. Damit wird eine rechtssichere Besserstellung erreicht und die Kindererziehung vor 1992 unabhängig von der Kinderzahl gleich stark berücksichtigt.
- Die Regierung bleibt dabei, diese Leistung in voller Höhe sachfremd aus Beitragsmitteln zu finanzieren.
- Würden die Kinderzeiten endlich, wie es sich gehört, voll aus Steuern finanziert, wäre genug Geld vorhanden, um dem Bestand zu helfen.
- Für Erwerbsgeminderte im Rentenbestand sind keine besseren Leistungen vorgesehen. Dabei ist das Armutsrisiko in dieser Gruppe besonders hoch.



- Die Bewertungen und Anmerkungen des DGB, die bereits zum Referentenentwurf für das Rentenpaket formulierte wurden, behalten im Kern Gültigkeit.
- Vordringliche Aufgabe, die Rentenniveau bis 2040 zu sichern und auf ein Niveau von 50 Prozent anzuheben.
- Finanzierung von nicht beitragsgedeckten Leistungen aus Steuermitteln.
- Die Renten sollen steigen wie die Löhne, damit auch die künftigen Rentnerinnen und Rentner von der Wohlstandsentwicklung profitieren können.
- Nur wer den Absturz des Rentenniveaus heute stoppt, sorgt dafür, dass die gesetzliche Rente gegenüber den Löhnen bis in die 2040er nicht um rund 13 Prozent an Wert verliert.



- Die Bewertungen und Anmerkungen des DGB, die bereits zum Referentenentwurf für das Rentenpaket formulierte wurden, behalten im Kern Gültigkeit.
- Vordringliche Aufgabe, die Rentenniveau bis 2040 zu sichern und auf ein Niveau von 50 Prozent anzuheben.
- Finanzierung von nicht beitragsgedeckten Leistungen aus Steuermitteln.
- Die Renten sollen steigen wie die Löhne, damit auch die künftigen Rentnerinnen und Rentner von der Wohlstandsentwicklung profitieren können.
- Nur wer den Absturz des Rentenniveaus heute stoppt, sorgt dafür, dass die gesetzliche Rente gegenüber den Löhnen bis in die 2040er nicht um rund 13 Prozent an Wert verliert.

RENTEN-MORATORIUM JETZT!

KEINE NEUEN RENTENLEISTUNGEN OHNE KOMMISSIONSPRÜFUNG

Die Alterung der Gesellschaft stellt die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung vor große Herausforderungen. Die Bundesregierung hat daher eine Rentenkommission damit beauftragt, Lösungen zu erarbeiten, wie die Rente auch in Zukunft nachhaltig finanziert werden kann. Unverständlich ist allerdings: Noch bevor diese Kommission überhaupt die Chance hat, ihre Ergebnisse vorzulegen, will die Große Koalition neue Rentenleistungen verabschieden, die das Finanzierungsproblem nicht etwa abmildern, sondern es zusätzlich verschärfen.

Unsere Einwände gegen die Rentenpläne der GroKo

- **Endgültiger Bruch mit dem Generationenvertrag:**
Doppelte Haltelinie, Mütterrente II und Grundrente setzen die bisherige Übereinkunft zwischen den Generationen außer Kraft. Vor allem die Jüngeren werden dadurch belastet.
- **Doppelte Haltelinie – teure Augenwischerei ohne akuten Handlungsbedarf:**
Bis 2024 bleibt das Rentenniveau auch ohne gesetzlichen Eingriff stabil über 48%. Im Jahr 2025 verursacht sie voraussichtlich Kosten in Höhe von 3 Milliarden Euro. Bleibt es über das Jahr 2025 hinaus bei der Haltelinie, steigen die Kosten schnell auf zweistellige Milliardenbeträge jährlich.
- **Mütterrente II – Umverteilung mit der Gießkanne:**
Die nochmalige Aufwertung von Kindererziehungsleistungen kostet die Rentenversicherung pro Jahr rund 4 Milliarden Euro zusätzlich. Sie belastet alle Jahrgänge ab 1965. Altersarmut verhindert sie nicht.
- **Grundrente – Ungleichbehandlung mit System:**
Die Grundrente widerspricht dem Prinzip, wonach sich die Höhe der Rente an den geleisteten Beiträgen misst. Sie kann dazu führen, dass ein Versicherter, der höhere Beiträge als ein anderer geleistet hat, trotzdem eine geringere Altersrente erhält.

Wir fordern Bundesregierung und Bundestag dazu auf

- auf eine zusätzliche Ausweitung der Rentenleistungen in Deutschland mindestens so lange zu verzichten, bis die Rentenkommission im März 2020 ihre Ergebnisse vorstellt.
- die Rentenkommission die Gesetzentwürfe zu doppelter Haltelinie, Mütterrente II und Grundrente auf ihre Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit hin überprüfen zu lassen und gegebenenfalls Handlungsalternativen aufzuzeigen.


Ingo Kramer
BDA
Bundesverband der Arbeitgeber


Dr. Rainer Bulger
GESAMT METALL
Gesamterwerbstätigenverband


Wolf Matthias Wang
HESSEN METALL
Hessischer Metallverband


Oswald Bebel
ME-SAAR
Metallverband Saarland


André G. Kuchta
METALL NRW
Metallverband Nordrhein-Westfalen


Wolfgang Kimmich
WIEBEGACKEN METALL
Metallverband Württemberg


Thomas Landsch
NORDMETALL
Metallverband Nord


Johannes Beger
PFALZ METALL
Metallverband Pfalz


Dr. Stefan Wolf
SÜDWEST METALL
Metallverband Südwest


Alfred Kattal
Metallverband Thüringen


Dr. Frank Wächter
VME
Metallverband Mitteldeutschland


Thomas Kaefer
VME
Metallverband Mitteldeutschland



Renten- kommission nimmt Arbeit auf



- Von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte aktuelle Studien liefern eine umfassende empirische Bestandsaufnahme mit detaillierten Daten für die 77 deutschen Großstädte von Aachen bis Würzburg.
- In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen, darunter etwa 1,4 Millionen günstige Apartments unter 45 Quadratmetern für Einpersonenhaushalte.
- Am stärksten Betroffen sind Singles mit geringen Einkommen, aber auch Familien mit fünf und mehr Personen haben zunehmend Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.
- Am größten ist die Lücke in Berlin, Hamburg und Köln.



Wo die Wohnungsnot groß ist

So viele bezahlbare Wohnungen fehlen in ...



Quelle: Lebuhn u.a. 2018

Grafik zum Download: bit.do/impuls1146 Daten: bit.do/impuls1147

Hans Böckler
Stiftung

- Auch über den harten Kern der Wohnungsnot hinaus werden viele Menschen durch Wohnkosten schwer belastet.
- Vier von zehn Großstadthaushalten, in denen rund 8,6 Millionen Menschen leben, müssen eine problematisch hohe Mietbelastung tragen.
- Die Städte mit der höchsten mittleren Mietbelastungsquote zeigt die nachfolgende Infografik, als Teil der WSI Studie.

Böckler Impuls *Ausgabe 14/2017*

Ungleichheit

MIETEN BRINGEN VIELE AN DIE BELASTUNGSGRENZE




In vielen Großstädten wird bezahlbarer Wohnraum knapp. Bei vier von zehn Haushalten ist die Mietbelastung gefährlich hoch.

Wo Mieten kaum noch bezahlbar sind

So hoch lag 2014 in Großstädten die mittlere ...

	Bruttokaltmiete pro Quadratmeter*	Mietbelastung**
Bonn	8,74 €	30,3 %
Neuss	7,88 €	30,1 %
Köln	8,62 €	29,3 %
Düsseldorf	8,58 €	29,2 %
Bremen	7,42 €	29,1 %
Bremerhaven	6,54 €	29,0 %
Mannheim	7,70 €	28,8 %
Bergisch Gladbach	7,62 €	28,8 %
Offenbach	8,24 €	28,7 %
Hamburg	8,87 €	28,6 %

Medianwerte; * Miete und Nebenkosten, ausgenommen Heizung und Warmwasser 

** Bruttokaltmiete im Verhältnis zu Haushaltsnettoeinkommen

Quelle: Lebuhn u.a. 2017 **Grafik zum Download: bit.do/impuls0883 Daten: bit.do/impuls0884**



- **Rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Einkommens ausgeben, um ihre Miete zu bezahlen.**
- **Das sind rund 5,6 Millionen Haushalte, in denen etwa 8,6 Millionen Menschen leben.**
- **Bei Sozialwissenschaftlern wie Immobilienexperten gilt eine Mietbelastungsquote oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens als problematisch, weil dann nur noch wenig Geld zum Leben übrig bleibt, insbesondere bei Menschen mit niedrigem Einkommen.**
- **Etwa 1,3 Millionen Haushalte haben nach Abzug der Bruttokaltmiete ein Resteinkommen, das unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze liegt.**



- **Wohngeld, sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse sind die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden soll.**
- **Doch derzeit leisten sie „nur einen sehr eingeschränkten Beitrag für die Versorgung der Haushalte mit den größten sozialen Wohnversorgungsbedarfen“, konstatiert unsere neue Studie.**
- **Das liege wesentlich an einer problematischen Gewichtung, bei der das Instrument mit dem größten Potenzial – der Aufbau eines ausreichend großen, dauerhaft preisgedämpften Wohnungsbestands – mit vergleichsweise wenig Geld ausgestattet ist.**

Armut

Die Situation in Deutschland

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Mannheim

- Die nachfolgenden Zahlen für das Jahr 2016 stammen aus der Erhebung «Leben in Europa (EU-SILC)»
- Knapp 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht laut statistischem Bundesamt etwa 16 Millionen Menschen.
- Europaweit liegt der Schnitt der Betroffenen bei 23,5 Prozent.
- Exakt beträgt der Anteil 19,7 Prozent der Bevölkerung. In allen Altersgruppen ist das Risiko für Frauen höher als für Männer, am größten ist der Abstand zwischen den Geschlechtern in der Altersgruppe ab 65 Jahre.

Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Mit 16,5 Prozent der Bevölkerung war jeder Sechste in Deutschland armutsgefährdet. Als solches gilt ein Mensch, wenn er über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. 2016 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1064 Euro, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2234 Euro im Monat.

3,7 Prozent waren von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Das bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel eingeschränkt waren. Sie waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Miete zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu heizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren.

9,6 Prozent der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung. Das umfasst Haushalte, in denen die Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder insgesamt weniger als 20 Prozent beträgt.

Im EU-Durchschnitt waren 17,3 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht und 7,5 Prozent von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. 10,4 Prozent lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung.

Armut

Die Situation in Deutschland

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft:**
 - Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze,
 - ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen oder
 - sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.
- **Als solches gilt ein Mensch, wenn er über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt.**
- **2016 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1064 Euro, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2234 Euro im Monat.**

Niedriglohnsektor Arm trotz Arbeit?

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- WSI-Forscher haben untersucht, wie sich arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen, die Menschen schneller in Jobs bringen sollen, auf die Erwerbsarmut in 18 europäischen Ländern ausgewirkt haben.
- Datengrundlagen sind die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und eine OECD-Datenbank.
- Immer mehr Menschen in Europa sind arm, obwohl sie arbeiten.
- Am stärksten stieg die sogenannte Erwerbsarmut in den vergangenen Jahren in Deutschland.

Böckler Impuls *Ausgabe 12/2017*

Arbeitsmarkt

WEITER ARM, TROTZ ARBEIT



Die Erwerbsarmut in Europa ist gestiegen. Grund dafür ist eine Politik, die Arbeitslose dazu zwingt, um jeden Preis einen Job anzunehmen.



Niedriglohnsektor Arm trotz Arbeit?

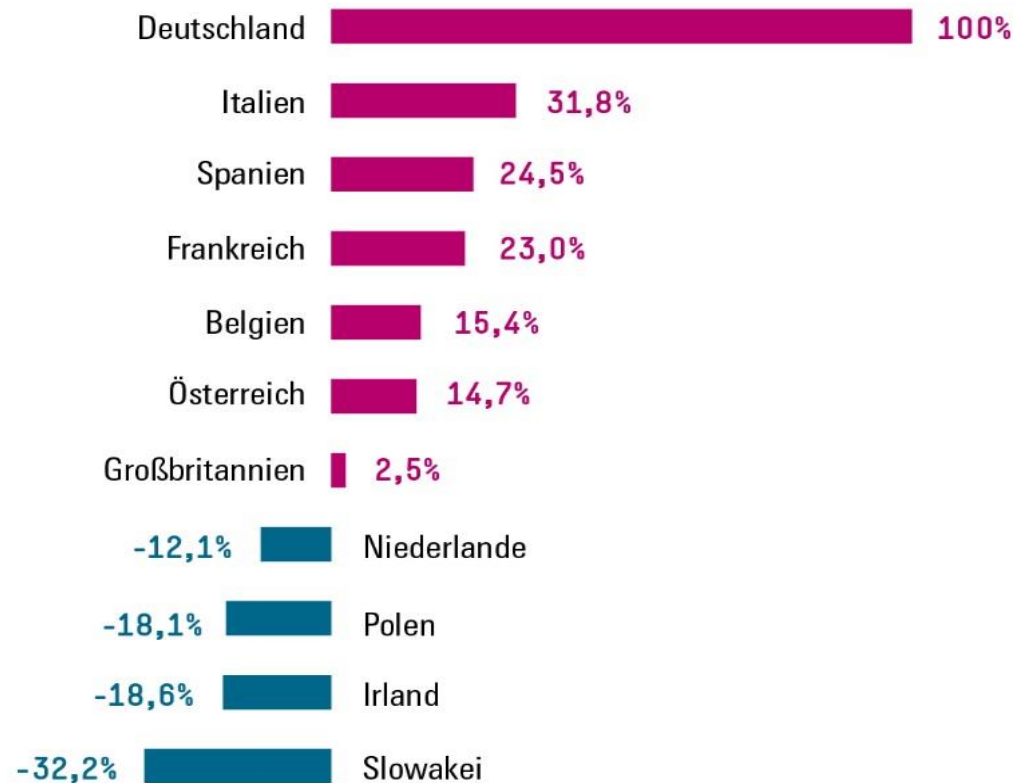
GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

Mehr arme Arbeitnehmer in Deutschland

So hat sich die Erwerbsarmutsrate zwischen 2004 und 2014 verändert in ...



Quelle: Eurostat, WSI 2017

Grafik zum Download: bit.do/impuls0846 Daten: bit.do/impuls0847

Hans Böckler
Stiftung

Niedriglohnsektor Arm trotz Arbeit?

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- Das hängt auch damit zusammen, dass Arbeitslose stärker unter Druck stehen, eine schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen.
- Der Anteil der Working Poor in der EU betrug im Jahr 2014 rund zehn Prozent – gemessen an den Erwerbstätigen zwischen 18 und 64 Jahren.
- Obwohl sie regelmäßig arbeiten, müssen diese Menschen mit weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens in ihrem Land auskommen. Am höchsten war der Anteil in Rumänien mit 18,6 Prozent, gefolgt von Griechenland mit 13,4 Prozent und Spanien mit 13,2 Prozent.
- Deutschland lag mit 9,6 Prozent genau im Durchschnitt der EU-Länder.
- Mehr Arbeit keine Garantie für weniger Armut

Niedriglohnsektor Arm trotz Arbeit?

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Das Beispiel Deutschland sei „besonders bemerkenswert“, so die Forscher. Einerseits stieg die Beschäftigungsrate zwischen 2004 und 2014 stärker als in den meisten europäischen Ländern, andererseits verzeichnete Deutschland den höchsten Zuwachs an Erwerbsarmut.**
- **Wie passt das zusammen? Mehr Arbeit sei keine Garantie für weniger Armut – zumindest dann nicht, wenn die neuen Jobs nicht angemessen entlohnt werden oder die Stundenzahl gering ist.**
- **Die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt beruhe zu einem großen Teil auf einer Zunahme atypischer Beschäftigung, vor allem Teilzeit, häufig im Dienstleistungsbereich und im Niedriglohnsektor.**
- **Die Ausweitung des Niedriglohnsektors sei durch weitgehende Deregulierungen des Arbeitsmarktes, die Kürzung von Transferleistungen und verschärfte Zumutbarkeitsregelungen beschleunigt worden.**

Niedriglohnsektor Arm trotz Arbeit?

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Der Druck auf Arbeitslose ist gestiegen, möglichst schnell eine Arbeit zu finden. „Maßnahmen, die Arbeitslose dazu zwingen, Jobs mit schlechter Bezahlung oder niedrigem Stundenumfang anzunehmen, führen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit dazu, dass die Erwerbsarmut steigt, weil aus arbeitslosen armen Haushalten erwerbstätige arme Haushalte werden“, schreiben die Wissenschaftler.**
- **Die Anfänge dieser sogenannten Aktivierungspolitik, in Deutschland bekannt unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“, reichen zurück in die 1990er-Jahre.**
- **Die Forscher können einen direkten Zusammenhang zwischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Erwerbsarmut belegen.**

Niedriglohnsektor

Möglichkeiten und Perspektiven

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

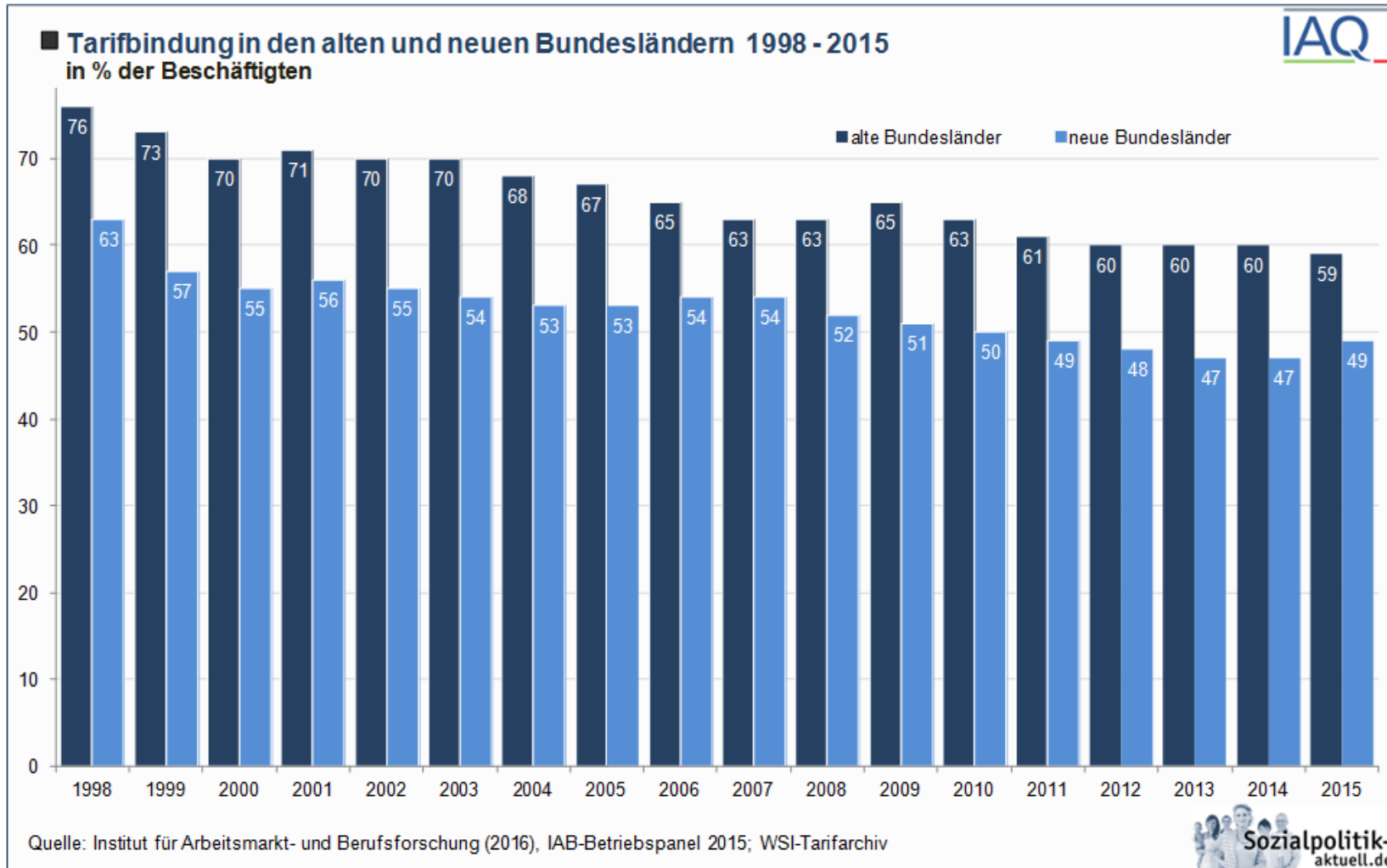
- Während niedrige Lohnersatz- und Sozialleistungen sowie strenge Auflagen für den Bezug von Transferleistungen zu höherer Erwerbsarmut führen, wirken sich hohe Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen wie Aus- und Weiterbildung positiv aus.
- Die Ergebnisse verdeutlichen, dass eine Kombination aus investiver aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik in Form von auskömmlichen Lohnersatz- und Transferleistungen der beste Weg ist, um Erwerbsarmut zu
- Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation und Weiterbildung sollten ausgebaut und für atypisch Beschäftigte beziehungsweise für Beschäftigte im Niedriglohnbereich geöffnet werden, empfehlen die Wissenschaftler.
- Hartz-IV-Leistungen sollten in Verbindung erhöht, Sanktionen und Zumutbarkeitsregeln entschärft werden.

Tarifbindung Alle Wirtschaftszweige

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim



Tarifbindung Strukturen und Aufgaben

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Tarifbindung ist Grundlage gewerkschaftlicher Handlungsmächtigkeit.**
- **Tarifvertragsbindung nimmt aber ab. Hinzu kommen Probleme eines erheblichen Niveaufalles zwischen Branchen und auch im Vergleich von Regionen innerhalb einer Branche.**
- **Für Mannheim aufgrund der geographischen Lage mit besonderen Problemen verbunden.**
- **Vögele, GE- Jenbacher, Bopp & Reuther Beispiele, die dadurch inspiriert waren.**
- **Aktuell in mehreren Betrieben Gefährdungspotential, aufgrund des Vergleichs zwischen BaWü und RP.**

17 Prozent Gefälle alleine bei den materiellen Leistungen

Tarifbindung

Erfolge/ aktuelle Auseinandersetzungen

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- In mehreren Betrieben der Geschäftsstelle Tarifbindung wieder hergestellt oder erstmals durchgesetzt.
- Dies stellt uns vor neue und in ihrem Arbeitsaufwand größere Herausforderungen.
- Zunehmende Ausdifferenzierung der (haus)tarifvertraglichen Vereinbarungen.
- TV tZug erforderte Nach- und Übernahmeverhandlungen in der Fläche.
- Aktuelles Gefährdungspotential bei Haus-Anerkennungstarifverhandlungen in der Geschäftsstelle. Akute Umzugs- und Verlagerungsszenarien.
- Die Gesamtorganisation muss Antworten finden auf die Frage, warum beispielsweise ein Beschäftigter für vergleichbare Arbeit in Ludwigshafen 17 Prozent weniger Entgelt erhält als sein Kollege in Mannheim.

Umsetzung Tarifergebnis 2018

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim



Die Zeit nehme ich mir!

Die neuen Arbeitszeit-Ansprüche für
Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie

Jetzt
beantragen



Umsetzung Tarifergebnis

Fragen zur Debatte

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Wie laufen die Gespräche mit den Beschäftigten in den Betrieben?**
 - Werden unsere Mitglieder auf ihre neuen Ansprüche direkt angesprochen?

- **Gibt es bereits erste sichtbare Erfolge?**
 - z.B. Besservereinbarungen zur Ausweitung der Anspruchsberechtigten zur tariflichen Freistellungszeit?
 - Wie läuft die Beantragung der verkürzten Vollzeit und tariflichen Freistellungszeit (hohes Interesse oder eher nicht)?

- **Wie stellen sich die Arbeitgeber in den Betrieben dazu auf?**
 - Gibt es bereits angekündigte Konfliktlinien zur Inanspruchnahme verkürzten Vollzeit oder tarifliche Freistellungszeit?
 - Gibt es Ankündigungen die Artenschutzklausel zur Quote „Alte Welt“ zu nutzen oder in das Volumenmodell 35,9h zu wechseln?

Umsetzung Tarifergebnis betrieblicher und GS Austausch

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



| Mannheim

- **Welche Voraussetzungen müssen wir auf der Geschäftsstellenebene schaffen, um zu bestmöglichen Umsetzungsergebnissen zu kommen?**
- **Kriterien:**
 - Verankerung des tarifpolitischen Erfolges in den Belegschaften
 - Steigerung der Akzeptanz und Mitgliederzuwächse
 - Mehr Selbstbestimmung und Autonomie, abgesichert über bestmögliche Umsetzungsformen
 - Beispielgebende Vereinbarungen und kollegialer Austausch zwischen den Betriebsräten und Vertrauenskörpern
- **Angebot der Vernetzung und strategischen Orientierung auf der Ebene der Geschäftsstelle**

BR – und VL Seminare

2 Tagesseminare für Vertrauensleute zur Umsetzung des
Tarifergebnisses

08.10.2018 und 17.10.2018

Die Seminarinhalte lauten:

1. *Inhalte des Tarifergebnis in der Metall- und Elektroindustrie 2018*
2. *Praktische Umsetzung des Tarifergebnis im Betrieb für Vertrauensleute*

AI-Arbeitnehmer im Betrieb-Wirtschaft und Gesellschaft

03.12.18 bis 07.12.18

8 Wochenfrist am 05.10.18